



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 25. August 2021

4263. 2019/128

Weisung vom 07.07.2021:

Motion von Hans Jörg Käppeli, Dr. Ann-Catherine Nabholz und 6 Mitunterzeichnenden vom 03.04.2019:

Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2019/128.

Hans Jörg Käppeli (SP) beantragt namens der SP-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK SID/V: Die Begründung des Antrags auf Fristerstreckung ist dünn. Wir lesen, dass der Stadtrat seit Jahren vergeblich versucht, ein ähnliches Postulat abzuschreiben. Dann wird prominent auf den nötigen Gleisersatz der VBZ verwiesen. Das ist Substanzerhalt und damit eine gebundene Ausgabe. Dazu hat der Gemeinderat nichts zu sagen und es wird keine Kredit-Weisung geben. Ärgerlich ist allerdings, dass die Gleise an alter Lage erneuert werden, weil nicht rechtzeitig ein Umbauprojekt vorliegt. Die geplanten Verbesserungen mit Velostreifen sind erfreulich, beschränken sich aber wahrscheinlich auf gelbe Farbe und sind keine bauliche Massnahme. Der Kern der Motion ist eine behindertengerechte und benutzerfreundliche Tram- und Bushaltestelle. Dazu gibt es nur einen vagen Hinweis auf eine Machbarkeitsstudie. Fand ein Sinneswandel statt? Zehn Jahre lang behauptete der Stadtrat, dass behindertengerechte Tramhaltestellen nur mit dem Abbruch von Häusern möglich seien. Das wollen wir selbstverständlich nicht. Ich will betonen, dass behindertengerechte Tramhaltestellen allen einen Nutzen bringen. Insbesondere gilt das für Menschen, die nicht mehr gut oder mit Rollator, mit Kinderwagen oder mit Gepäck unterwegs sind. Die Frist zur Erfüllung der Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) läuft Ende 2023 aus. Ich hoffe nicht, dass uns in einem Jahr eine weitere Fristerstreckung und ein Jahr später die Abschreibung der Motion vorgelegt wird. Wir beantragen die Zuweisung an die SK SID/V: Der Stadtrat soll uns erklären, was Inhalt und Ziel der Machbarkeitsstudie ist. Wir erwarten ein Bekenntnis zur behindertengerechten Tramhaltestelle. Es geht um eine substanzielle Information, keine materielle Beratung.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): In der Zwischenzeit gab es Veränderungen: Der Witiker Trolleybus hält nicht mehr direkt am Klusplatz, sondern auf der Hegibachstrasse. Am Klusplatz wurde eine Tramlinie abgebaut, damit wurde dieser ÖV-Knoten entlastet. Ist das ein Steilpass für eine neue, gute Lösung? Wir Grünen sind gespannt. Der Stadtrat gab eine Machbarkeitsstudie in Auftrag – leider erst im Februar 2021, obwohl die Motion



bereits im Dezember 2019 überwiesen wurde. Das macht auf uns den Eindruck, dass die Stadt hier nur zögerlich handeln will. Darum lehnen wir den Antrag auf Fristerstreckung ab und unterstützen die Zuweisung an die zuständige Kommission.

Andreas Egli (FDP): Einmal mehr wird versucht am Gras zu ziehen, in der Hoffnung, dass es schneller wächst. Die Situation am Klusplatz hat sich verändert. Das bedeutet auch, dass der Stadtrat die Planung entsprechend anpassen muss. Er arbeitet daran und es macht aus unserer Sicht Sinn, dass er die zwölf Monate Fristerstreckung erhält. Allenfalls wird er mehr Zeit brauchen. Mit der Zuweisung an die SK SID/V wird es nicht schneller gehen. Alles, was wir behandeln, geht lang, länger und sehr lange. Selbst wenn wir eine Meinung gebildet haben und ein Entscheid ansteht, muss dann der Stadtrat entsprechend planen. Wer eine Verzögerung will, stimmt für die Überweisung an die Kommission und lehnt die Fristerstreckung ab. Wer will, dass es vorwärts geht, stimmt gegen die Zuweisung und gewährt die Fristerstreckung.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir Grünliberalen waren aufgrund der Komplexität des historisch gewachsenen Verkehrsknotenpunkts Klusplatz bereits bei der Einreichung skeptisch, dass innerhalb von zwei Jahren eine Lösung vorgelegt werden kann. Wir sind auch der Meinung, dass es mit der Überweisung an die Kommission nicht schneller geht. Auch vor dem Hintergrund der Machbarkeitsstudie sollte man jetzt weiterplanen. Wir sind der Meinung, dass die Fristerstreckung gewährt werden soll. Wir geben die Hoffnung nicht auf und glauben daran, dass am Klusplatz eine bessere Lösung möglich sein muss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Inhaltlich wird sich nicht viel ändern, falls eine Fristerstreckung gewährt wird oder nicht – prozessual hingegen schon. Darum bitte ich Sie, dass Sie für die Fristerstreckung stimmen, damit es vielleicht schneller geht. Ich bin jedoch gerne bereit, in der Kommission darüber zu informieren, was innerhalb der Studie läuft, was die Rahmenbedingungen sind und in welche Richtung es geht. Insofern will ich einen Satz von Hans Jörg Käppeli (SP) aufnehmen: Bis zu einem gewissen Grad fand ein Sinneswandel statt. Mir wurde klar, dass tatsächlich ein zweiter ernsthafter Versuch gemacht werden muss, um den Klusplatz zu verbessern. In letzter Zeit befand ich mich oft am Klusplatz und konnte sehen, dass es eine unbefriedigende Situation ist. Ich liess mich überzeugen, dass etwas gemacht werden soll. Wir wollen eine gute und vor allem machbare Lösung finden und nicht eine, bei der erst Häuser abgerissen werden müssen. Dieser Weg wäre schwierig sowie äusserst lange, teuer und unsicher. Darum versuchen wir, das Problem mit anderen Mitteln und unter Betrachtung eines grösseren Perimeters anzugehen: Wie können Verkehrsströme so gelenkt werden, dass ein Umsteigeknoten entstehen kann, der alle Bedürfnisse befriedigt. Dazu gehören das behindertengerechte Umsteigen, die Veloführung und auch nahe zusammenliegende Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Ich bitte Sie, im Sinne einer Effizienzsteigerung eine Fristerstreckung zu gewähren und komme gerne in die Kommission, um zu informieren.



3 / 3

Der Rat lehnt die sofortige materielle Behandlung mit 49 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist die Weisung der SK SID/V überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat